

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Monatspreis pro Monat einschließlich Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung in der Expedition oder den Filialen 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage Neue Welt einschließlich Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.10 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. (Postgeld vierteljährlich 42 Pfg., monatlich 14 Pfg.).

Redaktion: Tauscher Straße 19/21.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.
Telephon: 13698.
Sprechstunde: Wochentags 6—7 Uhr abends
(außer Sonnabenden).

Inserate kosten die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., bei Plakatschrift 30 Pfg. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Preis für das Beilegen von Prospekten ist 3.50 Mk. pro Tausend für die Gesamtauflage, bei Zeilauflage 4 Mk. — Der Betrag ist im voraus zu entrichten. Schluß der Annahme von Inseraten für die tägliche Nummer früh 9 Uhr.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag, Expedition und Inseraten-Annahme: Leipzig, Tauscher Str. 19/21, Postgebäude. Telephon: 2721.

An die werktätige Bevölkerung Sachsens!

Zum erstenmal finden im Oktober dieses Jahres die Wahlen zum sächsischen Landtag unter Anwendung des neuen Pluralsystems statt. Es ist dies eines jener heimtückischen Systeme, die kein treues Spiegelbild von dem Willen des Volkes geben können. Die Vorrechte und Privilegien der besitzenden Klassen im Staatsleben sollen hinter vierfachen Mauern geschützt und befestigt werden.

Das Versprechen der herrschenden Klassen in Sachsen, dem Volke ein besseres Wahlrecht zu geben, um die große Erbitterung im Lande gegen das Dreiklassenwahlrecht zu mildern, ist nicht erfüllt worden. Dieses Versprechen veranlaßte einen großen Teil der sächsischen Wähler, bei den letzten Stimmabgaben den bürgerlichen Parteien aus der Patsche zu helfen, in die sie durch die Wahlen von 1903 geraten waren. Dieselben Parteien haben hinterher mit schändlichem Undank und Vertrauensbruch den Dank an die sächsischen Wähler abgestattet. Treu und Glauben sind mit Füßen getreten worden, betrogen und verraten steht jetzt der größte Teil der sächsischen Wähler vor den Landtagswahlen!

Das verflorene Dreiklassenwahlrecht, dem Spott und der Verachtung preisgegeben, hat man fallen lassen müssen, ein ebenso schlechtes und widerwärtiges System an seine Stelle gesetzt. Das bitterste Unrecht hat man nur in ein neues Gewand gesteckt!

Die in Mißkredit geratene Dreiklassenwahlrecht ist in eine Vierklassenwahlrecht verwandelt worden. Ein Nachwerk liegt vor dem sächsischen Volke, das in unendlich langem Geseilsche um die Sonderinteressen zwischen Konservativen und Liberalen, begleitet von dem Segen der Hohenthalschen Regierungswissenschaft, geboren wurde.

Eine furchtbare Bluttaufe erhielt diese Spottgeburt in den Straßen der Residenz der sächsischen Monarchie, in Dresden, anlässlich der am 17. Januar 1909 stattgefundenen Demonstration für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts! Vom Blute des Volkes triefend, ist das neue Wahlrecht in die Erscheinung getreten!

Das Pluralsystem zerspaltet die Bürger des Staates in vier Klassen. Die Wohlhabenden und Reichen sind mit drei und vier Wahlstimmen ausgestattet. Aber die wenig bemittelten und am mühseligsten im täglichen harten Daseinskampfe arbeitenden Staatsbürger werden mit zwei und zum weitaus größten Teil mit nur einer Stimme abgespeist. Dieses Wahlsystem ist so eingerichtet, daß die besitzende Klasse von vornherein die Mandate gesichert erhält. Eine raffiniertere ausgeklügelte Fälschung der Volksmeinung ist nicht denkbar.

Die Verantwortung für dies Wahlrechtsmonster mit allen seinen Begleitererscheinungen tragen die bürgerlichen Parteien.

Konservative und Nationalliberale, in steter Angst, bei einem gerechten Wahlsystem ihre Mandate und damit ihre Herrschaft einzubüßen, haben sich nach längeren kleinlichen Sonderinteressen-Bänkereien zu dem einen gemeinsamen Wirken zusammengefunden, das arbeitende Volk unter allen Umständen um eine ausreichende Vertretung im Landtag zu pressen!

Der Freisinn hat an der Herstellung des jammervollen Pluralsystems nicht teilgenommen. Da aber auch diese Partei in der gesamten Reichspolitik sich die letzten Jahre hindurch durch das Blockbündnis mit den schlimmsten Reaktionen befecht hat, da sie ferner überall da, wo sie, nicht wie in Sachsen eine kleine Minderheit, sondern eine Mehrheit bildet, wie in ver-

schiedenen Gemeindeparslamenten, ihre Grundsätze verleugnet, so ist auch ihr gegenüber das tiefste Mißtrauen der Bevölkerung notwendig.

Gegen diese Parteien gilt es anzukämpfen bei den bevorstehenden Landtagswahlen. Auch der sächsischen Regierung, die das neue Wahlrecht sanktionierte und von jeher bestrebt war, eine ungesunde agrarische Politik zum Schaden der großen industriellen Entwicklung unseres Landes zu erhalten, gilt unser Kampf!

Die Sozialdemokratie, als stärkste politische Partei Sachsens, tritt in Uebereinstimmung mit ihren Traditionen und den gefassten Parteitagbeschlüssen in den Landtagswahlkampf ein. Für sie kann es sich in diesem Kampfe nicht nur um Mandatserfolge handeln, sondern ihr Bestreben muß darauf gerichtet sein, das bestehende Wahlrecht zu beseitigen und den Weg frei zu machen für das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht mit Anwendung des Proportionalsystems.

Soweit es gelingt, trotz des Pluralwahlrechts eine sozialdemokratische Vertretung in der Zweiten Kammer zu schaffen, wird diese Vertretung mit allem Nachdruck gegen die ungeheuren Ungerechtigkeiten in steter politischer Hinsicht, die in Sachsen herrschen, kämpfen. Sie wird für die Beseitigung der überlebten Zustände im Schul- und Bildungswesen, für den Fortschritt auf allen Gebieten der materiellen und geistigen Volkskultur wirken, sie wird insbesondere für die Hebung der Lage der Arbeiterklasse, für den Schutz gegen jede Art Willkür, sei es des Unternehmertums, sei es der Behörden, mit größter Entschiedenheit eintreten. Sie wird für die Interessen und die freie staatsbürgerliche Betätigung der im staatlichen Dienste stehenden Beamten und Arbeiter jederzeit streiten.

Die Sozialdemokratie will durch ihre Tätigkeit im Landesparlament einen Einfluß auf die Regierung ausüben, damit diese im Bundesrat für eine freiheitliche und kulturfördernde Gesetzgebung im Reiche eintritt. Sie will die dunklen Wolken, die sich über das Geistesleben unserer Nation ausgebreitet haben, verscheuchen und dem Fortschritt auf allen Gebieten des menschlichen Ringens zum Siege verhelfen!

Die Landtagswahlen bedeuten aber auch eine Antwort auf die Vorgänge in der Reichspolitik. Bei den letzten Reichstagswahlen sind von den bürgerlichen Parteien alle möglichen schönen Zusagen gemacht worden. Nichts davon ist gehalten worden. Vielmehr ist — wenn auch unter dem blamablen Zusammenbruch der Blockpolitik, so doch unter voller Mitschuld auch der liberalen Parteien — eine neue riesige Steuerlast auf die breiten Erwerbskreise gebürdet worden. Auf diesen neuen Steuerwucher, auf die brutale Steuersehen der Besitzparteien gilt es nun, das Urteil des arbeitenden Volkes zu sprechen!

Parteigenossen! Bürger! Arbeiter in Stadt und Land! Trefft die Vorbereitungen zu den Landtagswahlen mit aller Kraft und Energie! Baut die Organisationen aus, verschafft der sozialdemokratischen Presse neue Abonnenten, sorgt für Munition in diesem Kampfe!

Frei und unabhängig, ohne jedes Partieren mit irgendeiner politischen bürgerlichen Gruppe, werden wir den Wahlkampf wie bisher führen unter der Parole:

Sinweg mit jedem Klassenwahlrecht! Nieder mit jedem Unrecht!

Hoch das allgemeine gleiche direkte und geheime Wahlrecht!

Dresden, 25. August 1909.

Das Zentralkomitee der sozialdemokratischen Partei Sachsens.